



Niederschrift

107. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.04.2014
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:31 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	bis 18:40 Uhr
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Rolf Berndt	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	ab 17:10 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	
Herr Andreas Menzel		bis ca. 17:20 Uhr

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Finanzen Herr Müller-Zinsius, Pro Potsdam
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur und Sport Frau Runge, Herr Klemund, Luftschiffhafen GmbH
Frau Müller-Preinesberger, Soziales, Jugend, Frau Hylla, Leiterin Führungs- und Revierdienst
Gesundheit und Ordnung i. d. Polizeiinspektion Potsdam
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Dr. Erdmann, Rechnungsprüfungsamt Herr Leinemann, Herr Vogel, Stiftung Garnison
Krusemark, FB Recht, Personal und Organisation kirche
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters weitere Gäste – siehe Gästeliste
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
26.03.2014
- 3 Luftschiffhafen
- 3.1 Sachstandsbericht
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
Vorlage: 12/SVV/0468
Fraktion DIE LINKE
- 4.2 2. Bericht zum Kuratorium Stiftung Garnisonkirche
Vorlage: 14/SVV/0241
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.3 Veröffentlichung Spenden für die Garnisonkirche
Vorlage: 13/SVV/0856
Fraktion Die Andere
- 4.4 LAGA 2019 im ländlichen Raum von Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0139
Fraktion SPD
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Kommunale Kriminalitätsverhütung ausbauen
Vorlage: 14/SVV/0083
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 5.2 Personelle Situation im Bereich Stadtplanung/ Stadterneuerung/Bauleitplanung
Vorlage: 14/SVV/0153
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2013/2014
Vorlage: 14/SVV/0179
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

5.4 Erarbeitung einer Beherbergungssteuersatzung / Prüfung von Modellen
Vorlage: 14/SVV/0301
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.03.2014

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Verkauf des Grundstücks Max-Eyth-Allee (Flurstück 264)
Vorlage: 14/SVV/0295
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen

8.2 Verkauf eines Grundstücks Max-Eyth-Allee (Flurstück 267)
Vorlage: 14/SVV/0296
Oberbürgermeister, Finanzen und Berichtswesen

8.3 Information bzgl. der Nachnutzung Biosphärenhalle
gemäß DS 14/SVV/0177

8.4 Gesellschafterversammlung der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 14/SVV/0307
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.03.2014

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Der Oberbürgermeister gratuliert Herrn Dr. Scharfenberg zu seinem 60. Geburtstag.

Auf Bitte der Fraktion DIE LINKE sollen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ folgende Themen behandelt werden:

- Stand der Vorbereitung des Neubaus der Suppenküche
- Stand der Vorbereitungen der Evaluierung Luftschiffhafen GmbH

Im Weiteren schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt **4.4, DS 14/SVV/0139, LAGA 2019 im ländlichen Raum von Potsdam**, bis zur Hauptausschusssitzung am 30.04.2014 zurückzustellen, da hierzu die Voten der Ortsbeiräte Neu Fahrland und Golm fehlen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 106. Sitzung vom 26.03.2014 gibt es keine Einwände. Die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei drei Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Luftschiffhafen

zu 3.1 Sachstandsbericht

Frau Dr. Magdowski erläutert, dass die Sanierungsarbeiten an der Schwimmhalle wie geplant vorangehen. Zudem würden parallel Gespräche mit der Landesbausparkasse über die Flächen jenseits des Stadions geführt, um für einen unvorhergesehenen Notfall Ausweichflächen vorzuhalten.

Frau Runge berichtet, dass die Arbeiten an den Abhängepunkten der Schwimmhalle fast vollständig abgeschlossen seien. Einer Freigabe der Halle wie vorgesehen Ende Mai stehe somit nichts im Wege.

Bezüglich der Leichtathletikhalle gebe es ein neues Problem, so dass aus Gründen des Brandschutzes die gesamte Dämmung ausgetauscht werden müsse. Bei der Sanierung im Jahr 2000 sei eine Kunstfaserdämmwolle aufgebracht worden, die jedoch nicht den brandschutztechnischen Erfordernissen entspreche und daher durch eine nicht brennbare Mineralwolle ersetzt werden müsse.

Anschließend berichtet der durch die Stadt beauftragte Sachverständige, Herr Steinhäuser, über die Ergebnisse seiner Prüfung der Planungsprozesse aus der Zeit der Errichtung sowie der Sanierung der Hallen. Für die Schwimmhalle lägen alle erforderlichen Nachweise der Sanierungsarbeiten vor, so jedoch nicht für die Leichtathletikhalle.

Er führt aus, dass das Dach der Leichtathletikhalle nicht wie ursprünglich geplant neu eingedeckt, sondern aus Kostengründen nur eine zusätzliche Dachdämmung aufgebracht worden sei. Dadurch erhöhe sich die Traglast der Dachkonstruktion um 26 kg/m², was eine zusätzliche Traglast des Daches von 200 Tonnen zur Folge habe. Weiterhin geben die Protokolle aus dem Jahr 2001 nur Aufschluss über die Kosten der Maßnahme, nicht aber Informationen zu Mehrbelastungen.

Herr Steinhäuser führt aus, dass es Aufgabe des beauftragten Generalplaners gewesen wäre, die Statik der Halle neu zu berechnen. Eine Kompensation der Mehrbelastung im Innenraum wurde nicht durchgeführt und wäre laut Herrn

Steinhäuser auch kaum möglich gewesen.

Zudem erfülle die Halle durch das falsch aufgebrachte Dämmmaterial auch nicht mehr die brandschutztechnischen Erfordernisse, weshalb es notwendig sei, die ursprünglich genehmigte Dachkonstruktion unter Verwendung des richtigen Dämmmaterials wieder herzustellen.

Auf Nachfrage von Herrn Menzel führt Frau Krusemark aus, dass es sich bei dem Gutachten von Herrn Steinhäuser um ein Parteigutachten handele. Das Gericht wird im Feststellungsverfahren einen eigenen Gutachter beauftragen. Weiterhin führt sie aus, dass zwischenzeitlich der Widerspruch des Generalplaners bei Gericht eingegangen sei. Eine renommierte Kanzlei werde noch in dieser Woche damit beauftragt, eine strafrechtliche Prüfung vorzunehmen.

Herr Menzel fragt weiter, ob bereits ein Gutachter des Gerichtes feststehe und ein Termin anberaumt sei. Weiterhin möchte er wissen, ob in der Verwaltung Protokolle gefunden wurden, die belegen, dass der Bauherr dem Verfahren des Generalplaners zugestimmt habe.

Frau Krusemark antwortet, dass ein Gutachter feststehe und bereits ein kurzfristiger Termin anberaumt sei. Sie wird den Namen des Gutachters jedoch nicht bekannt geben, um diesen in seiner Arbeit nicht einzuschränken. Weiter führt sie aus, dass ihr keine Protokolle bekannt seien, aus denen hervorgehe, dass der Bauherr diesem Vorgehen zugestimmt habe.

Zudem berichtet Herr Dr. Erdmann auf Rückfrage, dass die Stellungnahme der Gegenseite eine reine Zurückweisung von Vorwürfen sei und keine Beweise bzw. Gegenargumente vorgelegt wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Berndt führt Herr Steinhäuser aus, dass er ausschließlich Unterlagen der Stadtverwaltung geprüft habe und keine Unterlagen Dritter. Die Frage von Herrn Heinzel, ob der Generalplaner weitere Bauten in Potsdam und Umgebung betreut habe, könne er nicht beantworten, so Herr Steinhäuser.

Der Oberbürgermeister fasst die Diskussion abschließend zusammen und ergänzt, dass das Beweissicherungsverfahren weitergeführt werde. Weiterhin führt er aus, dass das Gutachten von Herrn Steinhäuser sowie die Stellungnahme der Verwaltung den Hauptausschussmitgliedern umgehend nach Fertigstellung vorgelegt werden.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder

Vorlage: 12/SVV/0468

Fraktion DIE LINKE

Herr Exner trägt hierzu vor, dass derzeit zwei wichtige Punkte beraten werden; zum einen werden Gespräche über den neuen Standort geführt, welcher in der südlichen Ecke des Areals liege und zum anderen sei die Art der vertraglichen Vereinbarung festzulegen. Die WagenHausBurg schließe einen Kauf des Areals ebenso aus, wie einen Erbbaurechtsvertrag; ein Pachtvertrag für einen begrenzten Zeitraum werde jedoch befürwortet. Ende März sei die angekündigte Stellungnahme der Bewohner eingegangen, die derzeit geprüft werde.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller führt er weiter aus, dass schon zeitlicher Druck bestehe, da der neue Standort hergerichtet und mit den jetzigen Nutzern der Flächen dieses Standortes verhandelt bzw. diese gekündigt werden müssen. Eine Realisierung des Vorhabens könne nicht vor 2015 erfolgen.

Auf die Nachfrage von Herrn Schultheiß zum Pachtzins erklärt Herr Exner, dass dieser auf Grundlage einer vorzunehmenden Bewertung festgelegt werde. Abschließend wird die Zurückstellung der Drucksache und eine erneute Berichterstattung in der Hauptausschusssitzung am 04. Juni 2014 vereinbart.

zu 4.2 **2. Bericht zum Kuratorium Stiftung Garnisonkirche**

Vorlage: 14/SVV/0241

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister bringt diese Vorlage ein und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Leinemann und Herrn Vogel von der Stiftung Garnisonkirche.

Zum Punkt „Wiederaufbau des Gebäudes“ trägt er vor, dass die Klage durch die Stiftung zwischenzeitlich zurückgenommen wurde, da sie nur vorsorglich zur Fristwahrung seitens der Stiftung eingereicht wurde.

Im Weiteren werden die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses beantwortet, so von Frau Dr. Schröter zur Laufzeit der Baugenehmigung, die 3 Jahre betrage – mit der Option, eine Verlängerung beantragen zu können.

Herr Szilleweit betont, dass die Mitteilungsvorlage unvollständig sei, da nach seiner Ansicht Informationen zur Gesamtfinanzierung, zu den Gründen für die Satzungsänderung sowie Ausführungen zur Klageeinreichung fehlen.

Zur Klage führt Herr Leinemann aus, dass die Höhe der Anbringung eines Lüftungsrohres das Problem darstellte und notwendig war, um den Ablauf der Frist zu hemmen. Die Satzungsänderung, so der Oberbürgermeister, begründe sich zum einen in der Vergrößerung des Kuratoriums und zum anderen in der Aufhebung der Altersbegrenzung der Mitglieder.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 **Veröffentlichung Spenden für die Garnisonkirche**

Vorlage: 13/SVV/0856

Fraktion Die Andere

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die im Antrag gestellten Fragen mündlich zu beantworten.

Zur Frage eins, wer welche Summe für den Aufbau der Garnisonkirche gespendet hat, trägt er vor, dass eine Gesamtsumme von 9,7 Mio. € an Spenden eingenommen wurden, davon waren 2 Mio. € aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO-Mittel), sowie 7,5 Mio. € von Groß- sowie Kleinspendern, deren Namen nicht genannt werden. Weiter führt er zur Frage zwei, in welchen Rechts- und Geschäftsbeziehungen die Spenderinnen ggf. mit der Stadt Potsdam oder ihren städtischen Betrieben standen oder stehen, aus, dass es keine Rechts- bzw. Geschäftsbeziehungen der Stadt zu Spendern gebe. Die Frage drei, welcher Anteil dieser Summe aus Spenden und welcher aus öffentlichen Mitteln stammt, sei bereits mit der Frage eins beantwortet.

Im Weiteren schließt sich eine Diskussion bezüglich der Unterschriftensammlung gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche und die Verwendung öffentlicher Mittel an. In diesem Zusammenhang verweist Herr Szilleweit darauf, dass

insbesondere in der letzten Wahlperiode Fragen der Transparenz im Mittelpunkt standen und deshalb auch eine Quersubventionierung durch städtische Betriebe hinterfragt werden sollte. Er mahnt die fehlende Transparenz des Vorhabens und der Finanzmittel an.

Darauf Bezug nehmend informiert Herr Leinemann, dass von 41 Mio. Euro Gesamtkosten ausgegangen werde. 2 Mio. Euro Planungskosten seien bereits bezahlt und 13 Mio. Euro seien vorhanden, so dass 26 Mio. Euro noch gesucht werden. Der Oberbürgermeister schließt daran an, dass es keine Quersubventionierung gebe und die Mittel aus dem Treuhandvermögen des Sanierungsträgers zur Beseitigung städtebaulicher Missstände verwendet werden.

Herr Heuer fragt Herrn Szilleweit, ob Fraktionsmittel der Fraktion Die Andere in die Kampagne zur Unterschriftensammlung fließen, was dieser verneint - die Wählergruppe unterstütze hier mit 500 – 1000 €.

Herr Jakobs weist Herrn Szilleweit darauf hin, dass Fraktionszuwendungen nicht für Spenden verwendet werden dürften und kündigt an, die Abrechnung der Fraktionszuwendungen daraufhin prüfen zu lassen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg führt Herr Leinemann aus, dass er bezüglich der Einwerbung von Mitteln optimistisch sei. In den letzten eineinhalb Jahren seien drei Millionen Euro an Spenden eingegangen und der Bund habe die Zusage erteilt, sich ebenfalls mit 13 Mio. € an dem Projekt zu beteiligen.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters zieht Herr Szilleweit seinen Antrag zurück.

zu 4.4 LAGA 2019 im ländlichen Raum von Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0139
Fraktion SPD

zurückgestellt

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Kommunale Kriminalitätsverhütung ausbauen
Vorlage: 14/SVV/0083
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Oberbürgermeister begrüßt Frau Hylla, Leiterin des Führungs- und Revierdienstes der Polizeiinspektion Potsdam, die zu diesem Tagesordnungspunkt für Rückfragen zur Verfügung steht.

Frau Dr. Müller merkt an, dass in der Vorlage keine Ausführungen zur Weiterentwicklung der Sicherheitskonferenz gemacht werden. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Ursprung der SIKO als Kommission zur kommunalen Kriminalitätsverhütung, was im Laufe der Zeit immer mehr in Aktivitäten im Kampf gegen rechts „verwachsen“ sei.

Daraufhin führt der Oberbürgermeister aus, dass es in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zur Modifikation der Sicherheitskonferenz geben werde.

Herr Schultheiß möchte wissen, welche Maßnahmen angedacht seien, um weitere Autobrände im Kirchsteigfeld zu verhindern.

Frau Hylla antwortet, dass die Ordnungsbehörden verstärkt Präsenz zeigen, um weitere Taten zu verhindern. Einen Ermittlungserfolg gebe es jedoch noch nicht. Es sei davon auszugehen, dass es sich in allen Fällen um dieselben Täter handle.

Frau Kluge informiert auf Nachfrage von Frau B. Müller, dass ca. 5 – 7 Anfragen pro Woche am Ersatzstandort der Wache in Babelsberg in der Tuchmacherstraße eingehen, die das klassische Beschwerdemanagement betreffen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Personelle Situation im Bereich Stadtplanung/
Stadterneuerung/Bauleitplanung**

Vorlage: 14/SVV/0153

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Weise berichtet, dass die Ausschreibung für eine Organisationsuntersuchung derzeit laufe und ein Zwischenbericht dem Hauptausschuss im September vorgelegt werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2013/2014

Vorlage: 14/SVV/0179

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Frerichs informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation über die Jahresbilanz zum Gewerbeflächensicherungskonzept und über Neuansiedlungen, die Anzahl von Gewerbeanfragen sowie die Flächeninanspruchnahme. Weiterhin führt er aus, dass die von der Verwaltung getätigten Prognosen generell richtig gewesen seien. Im Ergebnis sei es wichtig, weiterhin Flächen konsequent zu sichern sowie Ansiedlungshemmnisse zu beseitigen.

Herr Klipp informiert, dass eine Zusage der Firma Semmelhaack vorliege, die RAW-Halle im Einklang mit den Zielen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Einzelhandelskonzept entwickeln zu wollen und für gemischtes Gewerbe zu nutzen.

Herr Dr. Scharfenberg vermerkt, dass es eine kontinuierliche Arbeit auf diesem Gebiet gebe – notwendig sei das Denken in langen Zeiträumen. In diesem Zusammenhang wolle er wissen, wann endlich etwas im Kirchsteigfeld passiere.

Bezüglich der RAW-Halle sei es auch nicht sein Ziel gewesen, dort einen „Gourmettempel“ zu errichten. Die Fraktion DIE LINKE habe die langen Zeiträume kritisiert, bis etwas passiert. Wenn das jetzt anders sei, dann ist das ein Erfolg.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Erarbeitung einer Beherbergungssteuersatzung / Prüfung von Modellen
Vorlage: 14/SVV/0301

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass mit dem Beschluss zur Refinanzierung der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes geänderte Voraussetzungen gelten. Trotzdem seien die Gespräche fortzusetzen, um die touristische Infrastruktur zu entwickeln.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Information zum Stand der Vorbereitungen des Neubau der Suppenküche

Bezüglich der Wiedererrichtung der Suppenküche auf dem Gelände der Stadtverwaltung informiert Herr Exner, dass diese Maßnahme in den Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilienservices aufgenommen und dieser von der Stadtverordnetenversammlung in deren Sitzung am 02. April beschlossen wurde. Das ganze „Drumherum“ sei mittlerweile auch geregelt, was ihn hoffnungsvoll stimme, dass das Vorhaben nicht von der Kommunalaufsicht moniert werde. Diesbezüglich gebe es bereits positive Signale.

Im Mai werde mit dem Rückbau der Bestandscontainer begonnen und er werde sich bemühen, mit der Kommunalaufsicht ein Agreement zu treffen, um das Vorhaben so weit vorbereiten zu können, dass bei Vorliegen der Zustimmung sofort begonnen werden kann.

Der Oberbürgermeister bittet den Kommunalen Immobilienservice, alle vorbereitenden Maßnahmen für die ausstehende Ausschreibung zu treffen um zügig die Neuerrichtung sicher zu stellen.

Information zum Stand der Vorbereitungen der Evaluierung Luftschiffhafen GmbH gemäß DS (DS 14/SVV/0097)

Frau Dr. Magdowski kündigt dazu eine abschließende Berichterstattung in der nächsten Hauptausschusssitzung an und verweist auf jetzt schon vorliegende Vorschläge, die in die Evaluierung einzubeziehen sind, wie:

- Entwicklung des Standortes nach Übertragung gem. SVV-Beschluss 09/SVV/1060
- Erstellung und Fortschreibung der Gesamtkonzeption
- Darstellung und Überprüfung der Vertragsbeziehungen zwischen Landeshauptstadt Potsdam, der Luftschiffhafen GmbH und der ProPotsdam auf kommunalrechtliche, wirtschaftliche, förderrechtliche, steuerrechtliche Hinsicht unter Zugrundelegung der gutachterlichen Einschätzungen zum Zeitpunkt der Übertragung
- Einwirkungsmöglichkeiten der Landeshauptstadt Potsdam hinsichtlich der Aufgabenerfüllung aus der Schulträgerschaft, der Wohnheimträgerschaft und der Sportförderung
- Aufgabenorganisation und Zuständigkeitsabgrenzung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und Geschäftsbesorger
- Zuschussentwicklung und mögliche Potenziale zur Reduzierung

Sie meine, für die Evaluierung müsse ein externer Gutachter vorgesehen werden und die konkrete Aufgabenstellung könne unter Federführung der Beteiligungssteuerung (oder einer anderen neutralen Stelle) sowie unter Mitwirkung des Fachbereiches Bildung und Sport formuliert werden. Eine Beauftragung durch den Fachbereich – als Vertragspartner und Auftraggeber des Geschäftsbesorgers - der Luftschiffhafen GmbH – werde als nicht ausreichend neutral angesehen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es diesbezüglich noch Klärungsbedarf gebe und er von der Beauftragung eines externen Gutachters durch den Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport ausgehe.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob an eine Betrachtung des Informationsmanagements gedacht sei, entgegnet er, dass zur Evaluierung auch eine umfassende Schnittstellenanalyse gehöre. Ebenso werden die Hinweise von Herrn Dr. Scharfenberg mit berücksichtigt, die Anregungen der Elternschaft mit einzubeziehen.